



## Presseinformation

Nr. 08 / 2014

Berlin / Augsburg, 11.03.2014

*Gemeinsame Presseerklärung des Hartmannbund Hessen und der Bürger Initiative Gesundheit e.V.*

### **Polemik auf dem Rücken der Patienten und der Mediziner**

Seit Monaten behaupten Politik und Krankenkassen, gesetzlich versicherte Patienten müssten in Deutschland zu lange auf Facharzttermine warten. Obwohl aussagekräftige Zahlen, z.B. der Kassenärztlichen Bundesvereinigung, das Gegenteil beweisen, werden immer wieder angebliche "Studien" über zu lange Wartezeiten zitiert. Während also von der Politik lautstark ein Ärztemangel postuliert wird, behauptet heute der Spitzenverband der Gesetzlichen Krankenkassen (GKV) das Gegenteil und spricht von einer "Überversorgung mit Fachärzten".

Ein Widerspruch? Ja, aber auf Kosten der Qualität lässt er sich durchaus auflösen. Und so funktioniert es: Die Politiker, die jetzt einen ambulanten Facharzttermin innerhalb von vier Wochen verlangen, haben im Gesetz keine "gute", sondern lediglich eine "ausreichende" Behandlung vorgeschrieben. Gleichzeitig haben die Gesetzlichen Krankenversicherungen in der letzten Gebührenordnung Budgets und Regresse eingeführt, um - so wörtlich - die "Mengenausweitung ärztlicher Leistungen" zu verhindern.

Wie nun der Patient im Fall der Fälle auf die Schnelle einen Facharzt finden soll, darüber sind sich weder Politik noch Krankenkassen klar, aber eine Strategie zeichnet sich schon seit geraumer Zeit ab: Die Versicherten sollen ins Krankenhaus gehen, denn dort gibt es schließlich auch Fachärzte. Diese Rechnung geht allerdings auch nicht auf, denn es steht die Frage offen, wer denn im Krankenhaus überhaupt die Patienten sehen soll. Schon jetzt sind viele Stellen unbesetzt oder werden mit wechselnden Honorarkräften notdürftig besetzt. Auch werden Ärzte aus dem Ausland abgeworben.

Darüber hinaus sollte beachtet werden, dass GKV-Patienten im ambulanten Bereich den Anspruch auf eine Facharztbehandlung haben. Im stationären Bereich müssen zur Behandlung ermächtigte Fachärzte (wie Chef- und Oberärzte) mit langjähriger Erfahrung als Facharzt eingesetzt werden, ein Assistenzarzt reicht dafür nicht.

Der Hartmannbund Hessen und die Bürger Initiative Gesundheit e.V. fordern deshalb ein Ende der Polemik. Politik und Krankenkassen sollen sich endlich äußern, ob sie weiter auf dem Rücken der



Patienten einsparen wollen - dann wird sich der Ärztemangel aber weiter verstärken und die Verfügbarkeit von Arztterminen wird weiter sinken.

Für uns, den Hartmannbund und die Bürger Initiative Gesundheit e.V. steht fest, dass eine schnellere Vergabe von Terminen bei Fachärzten nur durch einen Abbau der Bürokratie realisierbar ist. Denn dann hätten die Ärzte mehr Zeit für Patienten und müssten weniger Zeit für das Ausfüllen von Formularen aufwenden. Hinzu muss eine Abschaffung von Budgets und Regressen erfolgen, damit die Fachärzte überhaupt weitere Termine vergeben DÜRFEN und dies mit einer angemessenen Honorierung.

freigegeben zur Veröffentlichung

**Bürger Initiative Gesundheit e.V.**

Residenz am Deutschen Theater  
Reinhardtstr. 29  
10117 Berlin  
Tel 030-2800 81 981

**Pressestelle:**

Beethovenstraße 2  
86150 Augsburg  
Tel: 0821 50867960  
Fax 0821 / 50867969  
[presse@buenger-initiative-gesundheit.de](mailto:presse@buenger-initiative-gesundheit.de)  
[www.buenger-initiative-gesundheit.de](http://www.buenger-initiative-gesundheit.de)

**Hartmannbund - Verband der Ärzte Deutschlands e. V.**

Mendelssohnstraße 59  
60325 Frankfurt/Main

Telefon 069 974096-98  
Telefax 069 974095-99  
lv.hessen@hartmannbund.de  
<http://www.hartmannbund.de>